



Newsletter

Januar 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Abgeordneten haben entschieden: der Italiener Antonio Tajani ist der neue Präsident des Europaparlaments. Nach vier Wahlgängen setzte sich der Kandidat der Europäischen Volkspartei mit Unterstützung der Liberalen durch. Der neue Präsident muss mithelfen, die EU wieder in ruhigere Fahrwasser zu führen, was dringend nötig ist. Das letzte Jahr hat Europa mit Flüchtlingsströmen, Terroranschlägen, Brexit-Votum und dem Erstarken populistischer antieuropäischer Bewegungen vor große Herausforderungen gestellt, und es ist noch nicht klar, wie sich die Weltpolitik durch die Wahl von Trump in den USA verändern wird.

Auch parteipolitisch gesehen wird das neue Jahr extrem wichtig: Es stehen Landtagswahlen im Saarland (März), Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (Mai) vor der Tür. Danach wird im September der Bundestag gewählt. Der FDP wird der Wiedereinzug gelingen, dessen bin ich mir sicher, denn wir Freie Demokraten bekommen viel Zuspruch von vielen Seiten. Aber bis dahin werde auch ich noch häufig bei Wahlkampfterminen gefordert sein.

Ich wünsche Ihnen alles Gute für 2017 und grüße Sie herzlich!

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Antonio Tajani ist neuer EU-Parlamentspräsident	<i>Seite 3</i>
Malteser übernehmen EU-Ratsvorsitz	<i>Seite 3</i>
Logistik in der EU: Absage an Mindestlohn für ausländische LKW-Fahrer	<i>Seite 4</i>

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Zugang zu Arzneimitteln verbessern (Schattenberichterstatterin)	<i>Seite 5</i>
Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft - Abstimmung über das Abfallpaket	<i>Seite 5</i>
Audi stellt sich Anhörung im EU-Untersuchungsausschuss	<i>Seite 6</i>
Deutsche PKW-Maut schafft ein Bürokratiemonster und sorgt für Unruhe in Europa	<i>Seite 6</i>
Drohnen, Digitalisierung, einheitlicher Luftraum – Flugverkehr muss zukunftsfähig bleiben	<i>Seite 7</i>
Einigung bei Trilogverhandlungen zu Feuerwaffen	<i>Seite 7</i>

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Programmkommission, Liberale Frauen und Kinkels 80. Geburtstag	<i>Seite 8</i>
Gelungene Integration: Neujahrsempfang in Goldenstedt	<i>Seite 8</i>
Eine Woche im Europäischen Parlament – Bericht eines Schülerpraktikanten	<i>Seite 8</i>

IV. Europa unter der Lupe

Die Außenbeauftragte der EU – eine echte europäische Außenministerin?	<i>Seite 9</i>
---	----------------

V. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Antonio Tajani ist neuer EU-Parlamentspräsident

Am 17. und 18. Januar haben die 751 Europaabgeordneten den neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie die vierzehn Vizepräsidenten und auch die Quästoren gewählt.

Der 51. Präsident des Europäischen Parlaments heißt Antonio Tajani, ist ein 63-jähriger Italiener und Mitglied der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP). Er folgt auf Martin Schulz, der jetzt als SPD-Kanzlerkandidat in den Bundestagswahlkampf startet.

Somit geht ein langer und spannender Wahlkampf zu Ende, dessen Ausgang im Gegensatz zu den früheren EU-Präsidentschaftswahlen bis zum letzten Tag noch sehr offen blieb. Statt im Vorfeld schon Koalitionsstrategien mit den zwei großen Fraktionen, den Konservativen und den Sozialdemokraten, auszuhandeln, kandidierten diesmal 7 Kandidaten aller Fraktionen. Es blieb lange unklar, wer die notwendige Mehrheit bekommen würde.

Diese Konstellation war im Nachhinein auch deshalb eine Überraschung, weil in der Woche vor der Wahl eine Vereinbarung veröffentlicht wurde. Laut dieser hatten die Sozialdemokraten Unterstützung für einen konservativen Nachfolger zur Hälfte der Legislaturperiode – also zum jetzigen Zeitpunkt – zugesagt. Entgegen der Vereinbarung hatte sich allerdings der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Gianni Pittella, als Präsidentschaftskandidat seiner Fraktion aufstellen lassen.

Der Wendepunkt kam am Dienstagmorgen, als sich die Liberalen dafür entschieden, zusammen mit der Europäischen Volkspartei ein „offenes, konstruktives und proeuropäisches Bündnis“ zu schließen, das sich für die Reform Europas einsetzen würde. Diese Vereinbarung beinhaltet unter anderem Aussagen zu mehr Wahrung der Demokratie (Beispiel Ungarn), einem Konvent zur Reform der EU, einer besser abgestimmten Flüchtlingspolitik, neuen Instrumenten zur Behebung der Krise in der Eurozone, einer europäischen Verteidigungsunion, einem europäischen Nachrichtendienst und einer Einrichtung zur Bekämpfung des Terrorismus und internationaler Kriminalität. Um diese Ziele zu verwirklichen, haben die Liberalen sich bereit erklärt, statt des Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt, der bis Montagabend noch selbst Kandidat war, den Kandidaten der Europäischen Volkspartei, Antonio Tajani, zu unterstützen. Somit setzte sich nach vier Wahlgängen der ehemalige Verkehrs- und spätere Industriekommissar mit 351 zu 282 Stimmen gegen seinen Landsmann, den sozialdemokratischen Gegenkandidaten Gianni Pittella, durch.

Am nächsten Tag fand die Vizepräsidentschaftswahl statt. Es hat mich sehr gefreut, dass beide von den Liberalen aufgestellten Kandidaten hier erfolgreich waren. Alexander Graf Lambsdorff wurde in seinem Amt bestätigt und der Tscheche Pavel Telička neu zum Vizepräsidenten gewählt.

Schließlich wurden am Mittwochnachmittag fünf neue Quästoren gewählt. Die Quästoren beschäftigen sich mit den Verwaltungs- und Finanzaufgaben, die Abgeordnete und ihre Arbeitsbedingungen direkt betreffen. Auch hier konnte sich eine liberale Abgeordnete, Catherine Bearder aus Grossbritannien, erneut behaupten, was ich natürlich sehr begrüße.

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode werden wir uns noch stärker denn je zuvor dafür einsetzen müssen, Europa wieder zu einem Kontinent der Chancen machen. Ich bin hoffnungsvoll, dass wir mit der neuen Koalition auf dem richtigen Weg sind.

Malteser übernehmen EU-Ratsvorsitz

Vor 12 Jahren trat Malta der EU bei. Nun übernehmen sie erstmals den Vorsitz des Europäischen Rates für das erste Halbjahr 2017. Kommissionspräsident Juncker freute sich besonders über die neue Rolle und scherzte in seiner Rede, dass Maltas Rolle immer besonders sei, weil sie Luxemburg als kleinsten Mitgliedstaat abgelöst hätten – Malta hat weniger Einwohner als Hannover!

In seiner Eingangsrede ging der neue Ratsvorsitzende Joseph Muscat auf die wesentlichen Probleme ein, die er während seiner Amtszeit angehen möchte. Dabei ging es vor allem um die Sicherheit, Flüchtlinge und den Brexit.

Als Insel möchte Malta dabei gerade der Sicherung des Mittelmeeres seinen Stempel aufdrücken. Der Flüchtlingsstrom soll besser koordiniert, illegale Einreisen bekämpft und die Tragödien ertrinkender Flüchtlinge verhindert werden. Muscat betonte dabei, dass sich die Malteser auch nicht der Verantwortung entziehen wollen, die vorhandenen Flüchtlinge besser zu verteilen und auch selbst weitere aufzunehmen.

Neben der Flüchtlingsthematik war ein Kerngegenstand der Debatte allerdings der Brexit. Während die Rechtspopulisten einen guten Deal für die Briten bewarben, stellte der konservative EVP-Fraktionschef Weber klar, dass der Brexit für die Briten keine Rosinenpickerei nach Belieben wird. Ähnlich wie unser liberaler ALDE-Fraktionschef Verhofstadt ließ sich Weber nicht von den Drohungen der Premierministerin Theresa May einschüchtern. Das angedrohte Steuerdumping sei für die Briten als Mitglied der G8 und G20 gar nicht möglich.

Ein Randthema der Debatte waren die Äußerungen von Donald Trump, der den Brexit lobte und versicherte, dass auch weitere Mitgliedsstaaten austreten würden. Hier wurde eine starke Reaktion gefordert, denn wir würden ja schließlich auch nicht sagen, dass Kalifornien die USA verlassen wolle, wie Verhofstadt anmerkte.

Logistik in der EU: Absage an Mindestlohn für ausländische LKW-Fahrer

Mit mehr als 11 Millionen Beschäftigten und einem Beitrag von etwa 14 Prozent zur europäischen Wirtschaftsleistung ist der Logistiksektor das Rückgrat des europäischen Binnenmarkts. Der Sektor muss zukunftstauglich bleiben, um seiner wirtschaftlichen Bedeutung weiterhin gerecht zu werden. Deshalb hat das Parlament einen Initiativbericht über Logistik in der EU und multimodalen Verkehr in den neuen TEN-V-Korridoren verabschiedet. Hintergrund: Die Kommission wird voraussichtlich in diesem Jahr Gesetzesvorschläge zu diesem Thema präsentieren.

Der Bericht unterstreicht, dass Diskussionen über innereuropäische Grenzkontrollen nicht förderlich sind. Sie würden Güterströme massiv beeinträchtigen und Unternehmen viel Geld kosten. Zurecht wird darauf hingewiesen, dass es bei der Digitalisierung Raum für Verbesserungen gibt, denn komplizierte Verwaltungs- und Zollverfahren könnten vereinfacht werden. Deutschland hinkt hinterher, hat zum Beispiel den elektronischen Frachtbrief noch nicht eingeführt.

Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen im Logistiksektor erwähnt der Bericht, dass diese keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeuten dürfen. Das ist ein Votum gegen die Ausweitung nationaler Mindestlöhne auf ausländische LKW-Fahrer, denn ein Flickenteppich bedeutet mehr Bürokratie, höhere Kosten, weniger Transparenz. Die Kommission muss reagieren, einer Fragmentierung des Binnenmarkts entschieden entgegenzutreten und digitale Technologien im Logistiksektor fördern.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Zugang zu Arzneimitteln verbessern (Schattenberichterstatlerin)

Dieser Initiativbericht sollte eigentlich zum Ausdruck bringen, dass sich das Parlament dafür einsetzt, Patienten mit seltenen oder schweren Krankheiten den Zugang zu Arzneimitteln zu erleichtern, Forschung und Innovation zu fördern und Bewertungskriterien für die Wirksamkeit neuer Arzneimittel voranzutreiben. Leider versuchen Grüne und Sozialdemokraten den Bericht dazu zu „missbrauchen“, die Pharmabranche unter Generalverdacht zu stellen, der reinen Profitgier zu beschuldigen oder Forderungen nach einheitlichen Preisfestsetzungen durchzuboxen. Unglücklich, wie ich finde. Solch negative Sprache habe ich im Parlament selten erlebt. Ich bin bei diesem Thema federführend für die Liberalen verantwortlich. Zusammen mit einigen Kollegen streben wir das Ziel an, eine sachliche Sprache zu finden, die den Initiativbericht ausbalanciert.

Mir liegt dabei besonders am Herzen, die Bedeutung von Innovation und Forschung zu unterstreichen. Man sollte nicht unterschätzen, welche Investitionen für Forschung nötig sind, wie teuer klinische Studien sind und wie viel Hürden für die Marktzulassung neuer Medikamente überwunden werden müssen. Der Preis eines Medikaments allein kann nicht ausschlaggebend für die Frage der Rückerstattung sein. Oftmals sind verschiedene neue Medikamente teurer als bereits lang verfügbare, dafür verkürzen sie aber eine Therapie erheblich oder werden vom Körper besser absorbiert. Dies kann zu Einsparungen bei Krankenhausaufenthalten führen, weshalb solche Aspekte ebenfalls Berücksichtigung finden sollten.

Der Bericht ist rechtlich nicht bindend und spiegelt lediglich die Meinung des Parlaments wieder. Im Umweltausschuss wird der Bericht am 31. Januar verabschiedet.

Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft - Abstimmung über das Abfallpaket: Ehrgeizige Ziele sind wichtig, aber schwächere Mitgliedstaaten müssen aufholen

Der Umweltausschuss des Parlaments verabschiedete diese Woche ein Paket zur Abfallgesetzgebung. Die Mitgliedsstaaten sollen künftig mehr Haushaltsabfälle wiederverwerten (Recycling). Die Trennung von Abfall, Sammlung und Wiederverwertung ist in der Tat wichtig. Nur so können Verbrennung und Deponierung verhindert und in der Zukunft beendet werden. Dies kann einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten und den Verbrauch von Rohstoffen senken. Allerdings sollte eine Änderung der Ziele nicht willkürlich erfolgen, sondern auf der Basis einer gründlichen Folgenabschätzung und unter Einbeziehung aller Umweltfaktoren. Wichtig ist allerdings auch, den Mitgliedstaaten auf die Sprünge zu helfen, die bei der Wiederverwertung von Abfällen weit hinter den Zielen liegen! Leider gibt es hier innerhalb der EU erhebliche Unterschiede.

Wir fordern konkret eine Verschärfung des Ziels für Recycling von Haushaltsabfall in der EU auf mindestens 70% bis 2030 im Vergleich zu 65%, die von der Kommission vorgeschlagen wurden. Gleichzeitig wurde der Vorschlag der Kommission bestätigt, die Methode für die Messung der erreichten Recyclingquote europaweit klarer zu regeln, um allzu freie Interpretation durch Mitgliedstaaten zu beenden. Die Ziele für Verpackungsmaterialien sollen ebenfalls verschärft werden. Das sind alles Punkte, die ich begrüße. Die Ermittlung der Recyclingquoten muss klarer geregelt werden, damit auch tatsächlich Recycling gemessen wird und nicht zum Beispiel Verbrennung. In der Vergangenheit haben manche Mitgliedstaaten, auch Deutschland, an dieser Stelle sehr „kreativ“ gearbeitet und bessere Recyclingquoten ermittelt als gerechtfertigt waren. Diese Klarstellung muss nun in der Verhandlung mit dem Rat verteidigt werden.

Forderungen nach einem Ziel für Bioabfallrecycling wurden nicht verabschiedet, dafür aber die verpflichtende Einführung von Bioabfall-Sammlung „an der Quelle“ in der EU. Staaten, in denen bislang keine getrennten Sammelsysteme bestehen, müssen diese einführen. In Deutschland wird biogener Abfall seit 1985 getrennt gesammelt.

Für mich besonders wichtig ist die Neuregelung zur Verringerung von Meeresmüll. Wir fordern, die Verschmutzung der Meere bis 2025 um 30% und 50% bis 2030 zu verringern. Das Meer ist als Lebensraum für Energie, Rohstoffe und Tourismus, aber auch aus klimapolitischer Sicht sehr bedeutsam. Es ist dringend erforderlich, dessen Verschmutzung zu reduzieren. Auch eine Reduzierung der Lebensmittelverschwendung will das Parlament erreichen (30% bis 2025 und 50% bis 2030) und fordert die Kommission auf, die Einführung eines entsprechenden Zieles zu analysieren und vorzubereiten.

Die Maßnahmen für die Umsetzung werden im Wesentlichen durch die Mitgliedstaaten entschieden, das Parlament gibt Empfehlungen hinsichtlich der zu treffenden Maßnahmen ab. Sobald die Mitgliedstaaten im Rat eine gemeinsame Position fassen, können die Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission im Trilog beginnen.

Audi stellt sich Anhörung im EU-Untersuchungsausschuss

Volkswagen ist mit 99,55% Anteilseigner der Audi AG. Der Diesel-Gate-Skandal traf daher auch Audi. Das Europäische Parlament hat das Unternehmen eingeladen, zu schriftlichen Fragen des Parlaments Stellung zu nehmen und sich diese Woche in einer Anhörung den Fragen des Untersuchungsausschusses zu stellen. Der Niedersachsen Jens Gieseke (CDU/EVP) fand zu Beginn der Anhörung warme Worte. Es sei vorbildlich, dass man, anders als Teile der Konkurrenz, sofort einer Anhörung zustimmte. Danach wurde es ungemütlicher. Eineinhalb Stunden wurden die Vertreter von Audi mit Fragen überhäuft.

Als Reaktion auf den Skandal hat Audi beteuert, dass sie das Vertrauen zurückgewinnen wollen, und eine neue Ausrichtung von Gas- und Elektro-Motoren vorgestellt. Diesel wolle man trotz aller Kritik aber nicht fallen lassen. Ein wichtiger Punkt der Anhörung waren die unterschiedlichen Abgasrichtlinien und Normen zwischen der EU und den USA. Der liberale Vertreter Gerben-Jan Gerbrandy (D66/ALDE) – gemeinsam mit Jens Gieseke federführend im Untersuchungsausschuss - verwies auf die Ähnlichkeiten der beiden Motoren und fragte, ob denn der US-Motor, der deutlich strengeren Richtlinien unterworfen ist, auch die Grenzwerte in der EU einhalten würde. Es wurde bestätigt, dass auch ein US-Motor eines Audis die EU-Grenzwerte wohl nicht einhalten würde.

Letzten Endes stellt Audi klar, dass die notwendigen Schritte für eine Verbesserung unternommen wurden. Man hat den Forschungsschwerpunkt vom Diesel auf Gas-Hybride und Elektromobilität gelegt. Man hat die Compliance im Unternehmen gestärkt und will eine Unternehmenskultur etablieren, in welcher die Mitarbeiter Missstände und Widrigkeiten sofort melden. Der Ausblick für Audi als starken Vertreter der deutschen Autoindustrie ist also ein positiver.

Deutsche PKW-Maut schafft ein Bürokratiemonster und sorgt für Unruhe in Europa

Das Bundeskabinett hat diese Woche den überarbeiteten Gesetzentwurf zur Maut verabschiedet. Gemäß des beschlossenen Vorschlags sollen Autofahrer auf deutschen Bundesautobahnen und -straßen künftig Infrastrukturabgaben über eine elektronische Vignette bezahlen. Im Gegenzug sollen deutsche Fahrer besonders umweltfreundlicher Autos über die KfZ-Steuer entlastet werden. Wird das wie geplant umgesetzt, diskriminiert sie – wie viele vermuten - auf Grundlage von Nationalität und verstößt damit gegen geltendes EU-Recht. Zudem schafft der Beschluss ein Bürokratiemonster und selbst Bundesfinanzminister Schäuble hat Zweifel geäußert, ob durch die Maut mittelfristig ein Plus erwirtschaftet wird. Außerdem: Das auf Eis gelegte Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen Deutschland beim Europäischen Gerichtshof muss jetzt warten, bis der Bundestag über den Vorschlag entscheidet - das kann dauern. Dobrindt ließ zwar verlauten, dass in Zukunft verschiedene Mautsysteme miteinander verknüpft werden sollen. Da stellt sich mir die Frage, wann soll das geschehen und warum nicht gleich ein kohärentes System? Nein, stattdessen werden EU-weite Maßnahmen im Keim erstickt. Ein einheitlicher Ansatz mit gefahrenen Kilometern als Berechnungsgrundlage sollte aber das Instrument der Wahl sein. In einer Resolution schlägt der Verkehrsausschuss des Europaparlaments bessere und nicht-diskriminierende Lösungsansätze vor. Über diesen Text wird voraussichtlich Ende Februar im

Plenum debattiert. Nachbarstaaten laufen zudem Sturm gegen den deutschen Vorschlag und erwägen zu klagen - keine gute Zeit für den reibungslosen Personenverkehr in der EU.

Drohnen, Digitalisierung, einheitlicher Luftraum –Flugverkehr muss zukunftsfähig bleiben

Das Europäische Parlament hat unter Federführung meines liberalen Kollegen Pavel Telicka einen Bericht zur Luftfahrtstrategie der EU ausgearbeitet, der den Kommissionstext in wichtigen Punkten ergänzt. Eine zentrale Forderung ist, sich Innovationen im Luftverkehr nicht zu verschließen. Beispiel Drohnen: Allein in Deutschland gibt es bald 400,000 dieser Fluggeräte. Eine gute Integration in den Luftraum und eine angemessene Regulierung - wie zum Beispiel durch Drohnenführerscheine - ist notwendig und muss bei den Gesetzes-Verhandlungen im Bereich der Flugsicherheit beachtet werden. Allgemein gilt: Egal ob unbemannte Luftfahrzeuge oder private Luftwirtschaft - alles was fliegt, muss einen Platz in der Luft haben!

Flugverkehr und Luftfrachttransport können durch die Digitalisierung viel effizienter gestaltet werden. Daher fordere ich, dass sich die Kommission dieses Themas stärker annimmt. Das heißt aber auch, dass beim Thema Cybersecurity ganz neue Herausforderungen auf die Luftfahrt zukommen, auf die es zu reagieren gilt. Eine weitere Forderung: Der einheitliche europäische Luftraum muss zwingend vorangetrieben werden. Derzeit werden teilweise weite Umwege geflogen, was Ressourcen verschwendet, zu mehr Emissionen führt und längere Flugzeiten zur Folge hat. Bei Luftverkehrsabkommen mit Drittländern brauchen wir faire Spielregeln.

Die Luftfahrtstrategie steht im Zusammenhang mit der Überarbeitung der EU-Vorschriften im Bereich der Flugsicherheit sowie anderen Gesetzen zur europäischen Luftfahrt, die derzeit verhandelt werden.

Einigung bei Trilogverhandlungen zu Feuerwaffen

Kurz vor Weihnachten haben sich die europäischen Institutionen bei den Verhandlungen zur Feuerwaffenrichtlinie geeinigt - schneller als gedacht. Mir wäre es lieber gewesen, wenn man sich bei strittigen Punkten noch mehr Zeit genommen hätte. Somit bleiben Unklarheiten bestehen. Um ein Beispiel zu nennen: Was muss mit Feuerwaffen geschehen, die nach den neuen Maßstäben nur unzureichend deaktiviert wurden? Der Text ist immerhin deutlich entschärft im Vergleich zum Vorschlag der Kommission. Für Jäger wird sich demnach nichts ändern. Bei Sportschützen sieht es anders aus, denn hier gibt es einige Unklarheiten, zum Beispiel was Zulassungen für Wettbewerbe und die Nutzung halbautomatischer Waffen betrifft. Aus diesem Grund, werde ich genau hinschauen, welcher Text im Plenum letztendlich zur Abstimmung vorgelegt wird. Einem Generalverdacht gegen Sportschützen, der zu massiven Einschränkungen dieses sachgerecht durchgeführten Sports führt, werde ich keinesfalls zustimmen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz
- Demnächst im Trilog: Quecksilberrichtlinie, EASA
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Sicherheit von Passagierschiffen, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Programmkommission, Liberale Frauen und Kinkels 80. Geburtstag

Seit dem letzten Newsletter war ich auch wieder häufig bei Parteiterminen im Einsatz. In der FDP-Programmkommission für die Bundestagswahl bearbeite ich als stellvertretende Vorsitzende das Thema „Freiheit und Menschenrechte weltweit“, mache aber auch Vorschläge für Verkehr, Umwelt, Forschung und Meerespolitik, meine Themen im Europaparlament. Kürzlich traf sich der im Dezember neu gewählte Bundesvorstand der Liberalen Frauen (ich bin ja jetzt stellvertretende Bundesvorsitzende) auf Einladung unserer neuen Vorsitzenden Katja Grosch zur konstituierenden Sitzung in Erfurt und diskutierte ein ambitioniertes Arbeitsprogramm für 2017. Und noch im Dezember gab es in Berlin Grund zum Feiern: die FDP gab einen Empfang zum 80. Geburtstag unseres ehemaligen Parteivorsitzenden, Bundes-Außenminister a.D. Dr. Klaus Kinkel. Das gute Verhältnis und der respektvolle Umgang zwischen Spitzenpolitikern verschiedener Parteien wurde dadurch deutlich, dass auch der amtierende Außenminister Frank Walter Steinmeier unter den Gästen war und Finanzminister Wolfgang Schäuble eine launige Rede auf seinen regionalen Landsmann hielt. Solche Termine machen Spaß!

Gelungene Integration: Neujahrsempfang in Goldenstedt

Auf Einladung von Bürgermeister Willibald Meyer, der mit 30 Jahren Amtszeit wohl einen einsamen Rekord hält, hielt ich eine Rede beim Neujahrsempfang der Gemeinde Goldenstedt in der vollbesetzten Festhalle. Beeindruckt haben mich nicht nur die fröhliche Stimmung, die Qualität des Blasorchesters und die Ehrungen für herausragendes ehrenamtliches Engagement, sondern auch die gute Integrationsarbeit und der Einsatz vieler Menschen vor Ort bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Wie gut das Zusammenleben bei einer echten Willkommenskultur funktionieren kann war daran zu merken, dass auch einige Flüchtlinge selbstverständlich zur Feier gekommen waren. An dieser Gemeinde können sich manch andere ein Beispiel nehmen!

Eine Woche im Europäischen Parlament – Bericht eines Schülerpraktikanten

In der letzten Woche hatte ich die Möglichkeit, ein Praktikum im Europa-Parlament bei Gesine Meissner und ihrem Team zu machen. Dieses Praktikum war eine einmalige Chance, einen Einblick in die komplexe Arbeit der EU zu bekommen, welche sich aus den Nachrichten nur erahnen lässt. Außerdem war es spannend zu der heutigen Zeit, in welcher die kuriosesten Dinge in der Politik innerhalb und außerhalb der EU passieren, direkt vor Ort und ein Teil des Geschehens zu sein. Dieses Praktikum gibt mir nicht nur einen weiteren Blickwinkel auf das spätere Berufsleben, es sind auch Erfahrungen, die einem in Erinnerung bleiben werden, und das Leben und Arbeiten in Brüssel wirkt gleichzeitig motivierend auf die noch verbleibende Schulzeit. Wie schon erwähnt habe ich mich im Mittelpunkt des Prozesses, welcher hinter der Europäischen Union steckt, gefühlt. Dieses Gefühl wurde gleich durch die Einbindung in die Wochenplanung ausgelöst und durch das Miterleben von diversen Sitzungen und Ausschüssen weiter verstärkt. Die Ausschüsse behandelten nicht nur wichtige Themen, mit welchen sich die Mitgliedsstaaten im 21. Jahrhundert beschäftigen müssen, sondern sie waren auch immer interessant, da es jeden persönlich und unsere Zukunft betrifft. Als Beispiel wurden Themen wie erneuerbare Energien, die Flüchtlingsproblematik auf dem Mittelmeer und Diskriminierung angesprochen. Aber das wohl aufregendste Ereignis der ganzen Woche war, dass sich Audi einer Anhörung von dem Parlament gestellt hat und ich so einen deutlich detaillierteren Einblick in den Abgasskandal und die Zukunft der Automobilbranche bekommen konnte. Abschließend war das ganze Praktikum ein sehr prägendes Erlebnis, welches mir in Erinnerung bleiben und mich noch mehr mit Europa verbinden wird.

Geschrieben von Ole, Schüler des Katharineum-Gymnasiums in Lübeck

IV. Europa unter der Lupe

Die Außenbeauftragte der EU – eine echte europäische Außenministerin?

Europäische Außenpolitik ist ein Feld, das innerhalb der EU für viele Debatten und Auseinandersetzungen sorgt. Zwar wurde die EU-Außen- und Sicherheitspolitik über die Jahre schrittweise entwickelt, aber sie ist erst seit 2009 durch den Lissaboner-Vertrag zu einem vollwertigen Bestandteil des Aufgabenbereiches der Union geworden. Dies wurde zum einen durch die Einrichtung des Amtes des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik, des sogenannten Außenbeauftragten der EU, und zum anderen durch die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) bewerkstelligt. Ziel war es, die Doppelbesetzung der Außenpolitik durch Kommissar und Außenbeauftragten abzuschaffen und die Vertretung der EU außerhalb ihrer Grenzen auch physisch zu verstärken.

Die Außenbeauftragte der EU, zurzeit die ehemalige italienische Außenministerin Federica Mogherini, ist auch zur gleichen Zeit Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission und Vorsitzende im Rat für Auswärtige Angelegenheiten, dem Außenministerrat der EU-Mitgliedstaaten. Die Rolle der Außenbeauftragten ist es, die Europäische Union nach außen zu vertreten und die gemeinsame Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik mitzubestimmen. Sie führt diese Aufgabe im Auftrag des Rates der EU durch und teilt sie aus diesem Grund auch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates.

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) ist der Außenbeauftragten der EU unterstellt. Er hat Botschaften, sogenannte Delegationen, in über hundert Drittländern und bei verschiedenen internationalen Organisationen, um dort die Interessen der EU sowie ihre Außenpolitik zu vertreten. Seine Mitarbeiter sind nationale Diplomaten sowie ehemalige EU-Beamte.

Trotz dieser konstitutionellen Stärkung fällt es der EU immer noch schwer, in außenpolitischen Fragen mit einer Stimme zu sprechen, eine Unfähigkeit, die sich momentan leider nur zu gut an den Beispielen Syrien oder Flüchtlings- und Migrationspolitik verdeutlichen lässt. Wie lässt sich das erklären? Eine offensichtliche Erklärung ist die Schwierigkeit für 28 Mitgliedsländer, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen. Andererseits liegt es daran, dass die Außenminister der Mitgliedstaaten ungern die Gestaltung der Außenpolitik an die EU abgeben wollen. Außerdem ist dieses Amt erst 2010 ins Leben gerufen worden und muss sich seine Legitimität erst noch verdienen sowie die Breite seiner Aufgaben genauer definieren.

Ein wichtiger Grund liegt aber auch auf der Ebene der bestehenden europäischen Entscheidungsstrukturen: die Außenbeauftragte kann zwar Vorschläge zur Außenpolitik machen und sie dem Rat präsentieren, doch die meisten Entscheidungen erfordern in der Außen- und Sicherheitspolitik die Zustimmung aller EU-Länder. Außerdem besteht die Pflicht für die Außenbeauftragte vor dem Parlament Bericht über ihre Arbeit zu erstatten. Dies führt notwendigerweise zu einer gewissen Schwerfälligkeit und einem eingeschränkten Aktionspotential. Zudem ist die europäische Nachbarschaftspolitik, EU-Erweiterung und Entwicklungshilfe weiterhin im Kompetenzbereich der Europäischen Kommission. Der Einflussbereich des Außenbeauftragten ist somit auch durch Ausschluss dieser Bereiche eingeschränkt.

V. Terminvorschau

27./ 28.1.	Hannover	BFA Umwelt
30.1.-2.2.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Miniplenum
30.1.	Brüssel	Meeresgruppe mit Kommissar Vella zu "Ocean governance"
1.2.	Paris	Podium „Euromaritime“ zu erneuerbaren Energien
6.2.	Berlin	FDP-Bundesvorstand
6.-8.2.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
7.2.	Brüssel	Meeresgruppe "Küsten-Kartierung"
13.2.	Burtenbach	Besuch Kögel Trailer GmbH
13.-16.2.	Straßburg	Fraktion, Plenum
16./ 17.2.	Saarbrücken	Termine Liberale Frauen
18.2.	Hannover	FDP-Landesvorstand

Absprachen für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.

Kontakt: info@gesine-meissner.de; Tel.: 05103-706637.

27. Januar 2017